

Nachhaltige Politik für eine solidarische Gesellschaft

Ingrid Arndt Brauer, MdB

*Sprecherin der Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit
der SPD-Bundestagsfraktion*

2012

Inhalt

1 Vorbemerkung.....	2
2 Verantwortungsvolle Finanzpolitik	4
3 Bildung und Arbeit	5
4 Gleichstellung zwischen Männern und Frauen	6
5 Ressourcenschonung.....	8
6 Biologische Vielfalt - nachhaltige Landwirtschaft - Ernährung	9
7 Gesundheit.....	12
8 Mobilität von Morgen – Neue Mobilitätskonzepte und Verkehrsstrukturen	14
9 Gesellschaftliche Teilhabe und Engagement	16
10 Fazit	17

1 Vorbemerkung

Zu einer nachhaltigen Politik gibt es keine sinnvolle Alternative! Fraktionsübergreifend wird im Deutschen Bundestag Nachhaltigkeit als Ziel politischen Handelns anerkannt. Politik muss dazu ihre Kräfte bündeln. Im politischen Alltagsgeschehen darf das Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung nicht aufgrund von kurzfristigen Erwägungen oder Wahlterminen missachtet werden.

Nachhaltigkeit lohnt mehr als der kurzfristige vermeintliche Erfolg! Nachhaltigkeit muss Leitprinzip der deutschen Politik sein und dort umfassend und konsequent Berücksichtigung finden. Die Arbeit der vergangenen zehn Jahre hat den Fokus geschärft, es gibt jedoch noch großen gesamtgesellschaftlichen Handlungsbedarf.

Wichtig ist mir, den Nachhaltigkeitsgedanken als Dreiklang zu verstehen:

Wir müssen die nationale Nachhaltigkeitsstrategie¹ als Zukunftsstrategie begreifen!

Wenn Nachhaltigkeit als politische, gesellschaftliche und ökonomische Querschnittsaufgabe begriffen wird, kann sie zum Innovationsmotor werden. Dafür müssen die Nachhaltigkeitsstrategien enger zwischen Bund, Ländern und Kommunen verzahnt werden. Nachhaltigkeit sollte auch in den Ländern zentral in den Staatskanzleien angesiedelt werden, um das Thema populär und nach außen sichtbar zu setzen.

Wir müssen Nachhaltigkeit leben!

Die Mitglieder im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung werden auch in Zukunft durch ihre Arbeit in den Fraktionen, Fachausschüssen und in Plenardebatten des Deutschen Bundestages dazu beitragen, das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung stärker als bislang im parlamentarischen Prozess zu verankern. Wir werben für eine stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeit in der politischen Praxis und wollen Wege ebnen, um Nachhaltigkeit und Fortschritt mit Leben zu füllen und in konkretes Handeln umzusetzen.

¹ 1992 verpflichteten sich auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) in Rio de Janeiro 178 Staaten zur Entwicklung und Verabschiedung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien. Deutschland legte 2002 eine Nachhaltigkeitsstrategie vor. Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung berät die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitspolitik und überprüft die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie. In den letzten Jahren wurden auch in einigen Bundesländern und Kommunen Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt.

Wir müssen die Gesellschaft zum bewussten Umgang mit Ressourcen motivieren!

Damit wir als Gesellschaft einen bewussteren Umgang mit Ressourcen, der Natur und anderen Faktoren erreichen, ist jeder Einzelne in der Solidargemeinschaft aufgefordert, sein eigenes Handeln zu überdenken und zu ändern.

Beim Bemühen um Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien stößt jede/r früher oder später an seine bzw. ihre Grenzen.

- Zum einen an die, nur bis zu einem bestimmten Punkt persönlich bereit zu sein, sein eigenes Leben und den eigenen Verbrauch/ Konsum zu verändern.
- Zum anderen an die Grenzen, die zum Beispiel durch Einkommen, Familienstand, Beruf usw. gesetzt und nur schwer oder überhaupt nicht durch den Einzelnen veränderbar sind.

Auf die zuerst genannte Grenze kann die Politik nur durch Aufklärung und Information einwirken, unter dem Respekt der persönlichen Freiheit des Einzelnen.

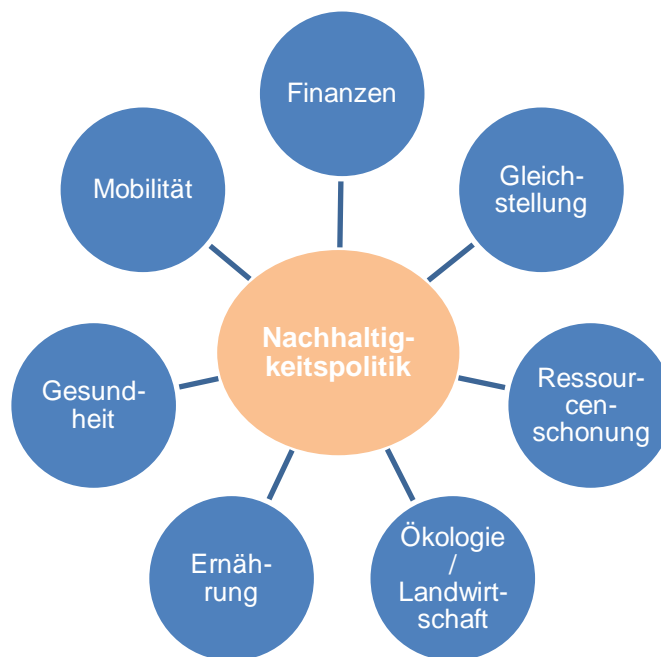
Viel mehr Möglichkeiten der Einflussnahme hat die Politik bei der Gestaltung gesamtgesellschaftlich relevanter Rahmenbedingungen, durch die der einzelne Mensch (bzw. handelnde Akteur) in die Lage versetzt wird, sein Leben und Handeln möglichst nachhaltig gestalten zu können, wenn er das wünscht.

Zum weiteren Verständnis des Themas „Nachhaltige Politik und solidarische Gesellschaft“ zitiere ich als Sozialdemokratin aus dem „Hamburger Programm“ der SPD (2007) stellvertretend einige Passagen, um die Aspekte anschaulich und begreiflich zu machen, aber auch, um darzulegen, dass Nachhaltigkeit in der Sozialdemokratie programmatisch einen wichtigen Stellenwert einnimmt:

- „...nachhaltiger Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint.“
- „Wir setzen auf wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, Bildung und Qualifizierung, um nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.“
- „Der Staat ... kann Leitimpulse geben.“
- „Wir wollen ... Artenreichtum bewahren und den Flächenverbrauch deutlich vermindern, um Räume für Erholung und Muße zu erhalten.“

Im Folgenden werde ich kompakt und leicht verständlich formuliert anhand der Politikfelder „Finanzen“, „Gleichstellung“, „Ressourcenschonung“, „Ökologie/ Landwirtschaft“, „Ernährung“, „Gesundheit“ und „Mobilität“ darstellen, wie die Grundzüge nachhaltiger Politik verlaufen und politisch gestaltet werden können.

Übersicht 1: Wirkungsebenen der Nachhaltigkeitspolitik



2 Verantwortungsvolle Finanzpolitik

Grundlage verantwortungsvoller Finanzpolitik ist der finanzielle Spielraum des Staates. Je geringer dieser ist (z.B. durch umfangreiche Budgetbelastung infolge von Zins und Tilgung oder gesetzlich festgelegte Ausgaben), umso mehr werden politische Entscheidungen von kurzfristigen Notwendigkeiten und nicht von längerfristigen Erfolgen bestimmt.

Deshalb ist ein ausgeglichener Haushalt – unabhängig ob auf Kommunal-, Länder- oder Bundesebene – für das Thema Nachhaltigkeit von entscheidender Bedeutung. Das schafft nicht nur mehr politischen Handlungsspielraum heute, sondern sorgt dafür, dass kommende Generationen ihre eigenen Aufgaben – möglichst frei von finanziellen Zwängen aus der Vergangenheit – bewältigen können. Die Höhe der Zinslasten bestimmt dabei zu einem

großen Teil, wie viel oder wenig Geld vorhanden ist und in nachhaltige Politik investiert werden kann.

Jede Generation hat das Recht, ihre Aufgaben und Herausforderungen individuell zu bewältigen. Jede Generation hat aber auch die Pflicht, das so zu tun, dass nachfolgende Generationen durch Erblasten nicht in ihrer späteren eigenen Handlungsfähigkeit eingeschränkt werden.

Zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Geld gehört auch die politische Steuerung durch Subventionen, wenn dadurch gesellschaftlich erwünschtes Verhalten belohnt wird. Dabei wird jedes Mal aufs Neue zu argumentieren und zu begründen sein, was unter „erwünschtem Verhalten“ zu verstehen ist.

3 Bildung und Arbeit

Ein wichtiges Teilstück von nachhaltiger Politik ist die Investition in Bildung jeglicher Art. Je früher die Menschen gleichberechtigten Zugang zu Bildung haben, umso größer sind ihre späteren Chancen auf gerechte Teilhabe. Ein kurzer Blick auf die gegenwärtige Arbeitsmarkt- und Bildungssituation in Deutschland verdeutlicht, dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine große Kluft herrscht.

Das Fehlen von Schul- und Berufsabschlüssen stellt ein großes Armutsrisiko dar. Eine solidarische Gesellschaft ist daher in der Pflicht, für alle gleiche Start- und Bildungsbedingungen zu schaffen.

Das umfasst beispielsweise

- kostenfreie frühkindliche Bildung,
- kostenfreie Betreuung durch Ganztagsangebote und
- kostenfreie Studienplätze

Gut ausgebildet zu sein, nützt später nicht nur jedem Einzelnen, sondern in Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung auch der Gesellschaft. Wenn aufgrund zurückgehender Geburtenraten die verfügbaren Arbeitskräfte nicht mehr ausreichen, kann es sich eine funktionierende Gesellschaft nicht leisten, junge Menschen wegen unzureichender Bildung

vom Arbeitsleben auszuschließen. Und sie kann es sich auch nicht leisten, das Potenzial älterer Menschen durch mangelnde Weiterbildung ungenutzt zu lassen.

Doch individuell an jeweilige Fähig- und Fertigkeiten ausgerichtete Ausbildungsmodelle legen nur einen Grundstein für späteren beruflichen Erfolg und Aufstiegschancen. Sie sind keine Garantie. Ein guter Bildungsabschluss hat nur wenig Wert, wenn in der Arbeitswelt Zustände herrschen, die eine gerechte gesellschaftliche Teilhabe behindern. Dazu gehören zum Beispiel

- die (Aus-)Nutzung gut gebildeter junger Menschen durch unzureichend entlohnte Dauerpraktika,
- der nach wie vor skandalöse Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern bei gleicher Qualifikation,
- schlechtere berufliche Aufstiegschancen für Menschen, die sich verantwortungsvoll sowohl um Job als auch um ihre Familie kümmern und
- der bewusste Austausch von Stammbeschaften in Fabriken durch schlecht entlohnte, z.T. mit weniger Rechten ausgestatteten Leiharbeitern.

Wer über eine gute Bildung verfügt, muss Anspruch auf einen guten Beruf und eine entsprechende Bezahlung haben.

4 Gleichstellung zwischen Männern und Frauen

Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt zum Thema Bildung erwähnt, muss eine nachhaltige Politik für eine solidarische Gesellschaft auch die Chancengleichheit von Männern und Frauen gewährleisten.

Obwohl Frauen über gute Bildungsabschlüsse verfügen und junge Frauen mittlerweile in vielen Bereichen hochwertigere Bildungsabschlüsse als junge Männer erzielen, beträgt der Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenlöhnen von Männern und Frauen in Deutschland skandalöse 23 Prozent.²

² 4. Bilanz Chancengleichheit. Erfolgreiche Initiativen unterstützen – Potenziale aufzeigen: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/4-Bilanz-Chancengleichheit,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (zuletzt: 26.01.2012).

Frauen müssen ebenso wie Männer eine faire Chance auf eine dauerhafte existenzsichernde Erwerbsarbeit haben mit

- gleichem Lohn für gleiche Arbeit,
- gleichen Aufstiegschancen und
- gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die es Frauen und Männern ermöglichen, Beruf und familiäre Sorge partnerschaftlich zu teilen.

Wege dazu sind Mindestlöhne, flächendeckende Ganztageseinrichtungen, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und gesetzliche Maßnahmen, die die Entgeltgleichheit durchsetzen und die Aufstiegschancen von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung verbessern.

Übersicht 2: Gleichstellung

Echte Gleichstellung zwischen Mann und Frau erreichen durch	
Entgeltgleichheit	Echte Aufstiegschancen
Mindestlöhne	Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle
Qualifizierte Betreuungseinrichtungen, ganztags geöffnet und bundesweit verfügbar	

Zu allererst geht es um die Frage der Gerechtigkeit und Solidarität. Es geht aber auch darum, dass Deutschland es sich nicht leisten kann, die Hälfte der Bevölkerung dauerhaft aus Führungspositionen auszuschließen. Das norwegische Beispiel zeigt, dass es sich auch aus ökonomischer Sicht lohnt, wenn mehr Frauen in Führungspositionen sind. Diese Unternehmen arbeiten nachhaltiger und erzielen höhere Renditen.

Hier ist die Politik verpflichtet, Artikel 3, Absatz 3 GG, in dem es heißt, „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“, mit Leben zu füllen.

5 Ressourcenschonung

Wenn Ressourcen endlich sind, gibt es nur drei Möglichkeiten, damit umzugehen:

- Wir machen weiter wie bisher, als würde es dieses Problem nicht geben, und hoffen auf die nachfolgenden Generationen.
- Wir schaffen Alternativen.
- Wir gehen sparsamer und effizienter mit den vorhandenen Ressourcen um.

Zum Glück dürfte heutzutage niemand mehr ernsthaft die erste Möglichkeit in Betracht ziehen. Damit ist klar, welche Rahmenbedingungen die Politik schaffen muss – zum Beispiel beim Energieverbrauch: In Deutschland ist der Energieverbrauch im Wirtschaftsprozess und auch in den privaten Haushalten von enormer Bedeutung. Will man die Energiewende (also den vollständigen Verzicht auf die Nutzung von Atomkraft und fossilen Brennstoffen) schaffen, ohne dass es hier zu nennenswerten Einschränkungen bei der Qualität der Energieversorgung kommt, braucht es nicht nur ein Mehr in der Produktion von erneuerbarer Energie (z.B. Wind, Sonne, Erdwärme); gleichzeitig muss der Energieverbrauch durch Einsparungen und einen erhöhten Nutzungsgrad (Energieeffizienz) zurück gehen.

Oftmals bewirken bereits kleine Verhaltensänderungen im privaten Bereich auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet enormes Einsparpotenzial: Allein der Griff zum Stecker bzw. Netzschalter anstatt zur Fernbedienung beim Abschalten von Geräten spart Energie, ohne dass das Konsumverhalten maßgeblich beeinflusst wird. So verursachen beispielsweise im Stand-by-Modus geschaltete Elektrogeräte (z.B. TV, Stereoanlagen, PC) jährlich einen zusätzlichen Verbrauch von mehreren Milliarden Kilowattstunden. Das entspricht der Leistung von bis zu zwei Kernkraftwerken³ und macht pro Haushalt bis zu 14% des Stromverbrauchs aus.⁴

Und auch die Entscheidung für die Treppe statt für den Fahrstuhl spart Energie und wirkt sich gleichzeitig positiv auf die eigene Lebensqualität (Fitness) aus. So finden sich im privaten wie auch im wirtschaftlichen Umfeld vielerlei Energieeinsparpotenziale, mit denen jeder Einzelne seinen ökologischen Fußabdruck positiv gestalten kann.

³ <http://www.test.de/themen/umwelt-energie/test/Stromverbrauch-im-Standby-Warum-sich-Streng-lohnt-1504124-1505422/> (13.02.2012).

⁴ <http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeId=2849> (13.02.2012).

Viele Maßnahmen sind nicht nur ökologisch sinnvoll und notwendig, sondern wirken sich auch finanziell langfristig positiv aus, zum Beispiel bei der Wärmedämmung von Gebäuden: Wer gibt schon gern Geld für die Heizkosten aus, wenn damit nicht nur die Wohnung, sondern auch das Umfeld im Freien erwärmt wird?

Doch damit Privathaushalte wie auch Unternehmen die verhältnismäßig teuren Investitionen in ressourcenschonend-effiziente Technik und Materialien leisten können, braucht es staatliche Anreize und Unterstützung in Form von Anschubfinanzierungen und kostengünstigen Krediten.

So sinnvoll und vorbildlich die Anstrengungen von Privathaushalten, Behörden und Wirtschaft auf lokaler wie nationaler Ebene hierzulande auch sein mögen, ist und bleibt das Thema Ressourcenschonung eine nur global zu lösende Aufgabe.⁵ Allerdings reichen politische Entscheidungen allein nicht aus. Jeder muss seinen Beitrag leisten, damit nachfolgende Generationen noch über genügend Ressourcen verfügen.

6 Biologische Vielfalt - nachhaltige Landwirtschaft - Ernährung

Niemand bestreitet, dass biologische Vielfalt ein hohes Gut ist, das auch für kommende Generationen bewahrt werden muss. In Deutschland haben wir zwei Möglichkeiten, dazu beizutragen: Zum einen durch die Erhaltung der eigenen Ökosysteme, zum anderen durch den Auf- und Ausbau einer umweltverträglichen und nachhaltigen Infrastruktur.

Dazu gehören zum Beispiel Themen wie

- die Reduzierung der Flächenversiegelung,
- Umgang mit erhöhtem Verkehrs- und Frachtaufkommen bei abnehmender eigener Bevölkerung,
- Klimaschutz,
- Reduzierung des Flächenverbrauchs und
- eine nachhaltige Landwirtschaft.

⁵ Mehr zum Thema auf den Seiten der FES OnlineAkademie: Hirsch, Thomas (2012): Internationale Klimapolitik. Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, OnlineAkademie: [Link einfügen](#)

Nachhaltigkeit ist zwar mittlerweile in der europäischen Agrarpolitik ein zentrales Thema, doch fehlt es vielerorts an der Umsetzung. Die Vorschläge der Kommission zum Greening⁶ sind ein guter, erster Ansatz für ein klares Umsteuern und Neuausrichten, müssen aber weiter ausgebaut werden. Die Ökologisierung der EU-Agrarpolitik ist aber ein klares Zeichen, dass Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema ist.

So nimmt auch in Deutschland der Grünlandumbruch⁷ weiter zu. Gleichzeitig nimmt die biologische Artenvielfalt weiter ab, und der Einsatz von belastenden chemischen Mitteln befindet sich auf einem hohen Niveau.

Will man auch hier nach dem Leitsatz verfahren, dass jede Generation die Pflicht hat, durch jetziges Handeln spätere Generationen nicht in ihrer Handlungsfähigkeit einzuschränken, so muss auch bei Naturschutz und Landwirtschaft dringend eine Trendwende geschaffen werden.

Hierbei spielen öffentlich finanzierte Wissenschaft und Forschung eine wichtige Rolle. Es bedarf der Entwicklung von Indikatoren und Systemen, die es ermöglichen, die Umsetzung von Nachhaltigkeit zu messen. Die gewonnenen Daten bieten eine gute Grundlage zur Entwicklung politischer Rahmenbedingungen und Förderanreize, die sich an klima- und umweltpolitischen Zielen orientieren. Auch die kontinuierliche Weiterbildung aller Berufsgruppen dieses Sektors ist erforderlich.

Doch die biologische Vielfalt ist nicht nur in Deutschland bedroht, sondern es handelt sich um ein globales Problem. Bisherige nationale und internationale Maßnahmen in Bezug auf Nachhaltigkeit reichen noch lange nicht aus. Erschwerend wirken Geschäftsbeziehungen, die viel zu oft auf kurzfristige maximale Rendite ausgerichtet sind und durch lokale Politik nicht verhindert werden.

Wir in Deutschland sind häufig Nutznießer dieser unter Ausbeutung von Mensch und Natur hergestellten Produkte, oftmals allerdings, ohne dass wir uns dessen bewusst sind. Deshalb ist nicht nur der Staat in der Pflicht, hier entsprechend entgegenzuwirken, sondern auch jede/r einzelne Bürger/-in. Kaufverhalten und Konsum sind dabei sehr entscheidende individuelle

⁶ Zwecks Stärkung des Natur- und Umweltschutzes wird von EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos geplant, ab 2014 die Höhe der Direktzahlungen an Landwirte von der Erfüllung bestimmter Auflagen abhängig zu machen.

⁷ Grünlandumbruch ist die Umwandlung von Wiesen und Weiden in Ackerflächen. Etwa 50% der Fläche Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt. <http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeldent=2253> (13.02.2012).

Einflussgrößen. Doch um das eigene Verhalten zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern, braucht man Informationen. Hier müssen auch die Unternehmen mehr in die Pflicht genommen werden, den Produktionsprozess umweltfreundlich zu gestalten.

Es ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dass gesunde Nahrungsmittel möglichst umweltverträglich produziert werden. Und es gehört auch dazu, die Verbraucher/-innen über Vor- und Nachteile ihres eigenen Ernährungsverhaltens (z.B. Einfluss auf Gewicht, Lebensmittelqualität, Herstellungsbedingungen der Waren) aufzuklären.

Nicht immer muss Verzicht oder verändertes Essverhalten die Lebensqualität schmälern - im Gegenteil! Nur liegt diese Einschätzung im Auge bzw. Magen des Betrachters und hängt davon ab, was der Konsument unter Lebensqualität versteht.

Wichtig ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger, die sich gesund mit umweltverträglich hergestellten Nahrungsmitteln ernähren wollen, sich das auch leisten können. Gesunde Ernährung darf kein Luxusgut sein.

Deshalb muss der Staat die eventuell auftretende finanzielle Diskrepanz in der Herstellung zumindest zeitweise beim Produzenten ausgleichen oder durch eine gezielte Förderung kompensieren, zum Beispiel durch die Förderung des ökologischen Landbaus, denn der ist besonders auf Nachhaltigkeit ausgelegt. Durch den schonenden Umgang mit Ressourcen und den Verzicht auf umweltschädliche Substanzen bei der Produktion hat diese Art von Lebensmittelerzeugung positive Auswirkungen auf die Umwelt und somit auf die Lebensqualität aller.

Das bedeutet aber auch, dass damit verbundene geringere Produktionsmengen meist durch höhere Preise kompensiert werden müssen. Eine dennoch stetige Steigerung der Nachfrage nach diesen rein biologisch und nachhaltig erzeugten Produkten zeigt zwar, dass es bei einem Teil der Verbraucherinnen und Verbrauchern ein Umdenken gibt, doch setzt dieser Konsumstil meist eine bewusste Entscheidung und ein höheres Einkommen voraus.⁸

Erschwert wird die Produktion alternativ hergestellter Nahrungsmittel durch diverse Förderprogramme der Länder und auch der EU, mit deren Hilfe konventionell hergestellte Produkte Verbraucherinnen und Verbrauchern preiswerter angeboten werden können. Hier

⁸ Bei der Vielzahl bezahlbarer Bioprodukte selbst beim Discounter stellt sich die Frage nach Herkunft und Produktionsweise. Hier sind mündige Konsumierende gefordert, Gütesiegel kritisch zu hinterfragen.

muss durch geeignete Förderinstrumente ein Ausgleich geschaffen werden oder Subventionen müssen ab- oder umgebaut werden. Das wird gewiss erheblichen Widerstand seitens der betroffenen Interessengruppen hervorrufen.

Ökologischer Landbau bedeutet aber nicht nur harmonisches und naturverträgliches Wirtschaften, sondern fördert auch den Erhalt von Artenvielfalt in Flora und Fauna und wirkt sich positiv auf die Umwelt aus. Dazu gehören auch kurze Wege vom Produzenten zum Konsumenten. Lebensmittel sind nicht nur frischer, wenn sie nicht erst einmal durch das halbe Land gefahren sind, kurze Wege wirken sich auch positiv auf Rohstoffverbrauch, Lärmentwicklung, Umweltbelastung und andere Faktoren aus.

Natürlich müssen sich die Verbraucherinnen und Verbraucher nachhaltig hergestellte Produkte nicht nur leisten, sondern auch etwas damit anfangen können. Deshalb müssen die Kompetenzen im Umgang mit Lebensmitteln gestärkt werden. Je früher das erfolgt, desto besser. Nahrungsmittelkunde als Bestandteil der Schulbildung bereits in unteren Klassenstufen kann wichtige Grundkompetenzen für später vermitteln und muss stärker ausgebaut werden.

7 Gesundheit

Die Gesundheit des Menschen ist laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO, engl. World Health Organization) „ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen“. Diese Prämisse ist gleichzeitig der Ausgangspunkt für unser gesamtgesellschaftliches Ziel, länger gesund und selbstbestimmt zu leben.

Viele Faktoren wie zum Beispiel Bildung, Ernährung, gesellschaftliche Teilhabe, Arbeitsbedingungen, soziale Lage, Umweltbedingungen und natürlich das Gesundheitssystem beeinflussen dieses Ziel. Bisher verläuft der Trend positiv: Immer mehr Menschen erreichen ein hohes Alter bei zusehends besserer Gesundheit.

Gleichwohl bedarf es einer Reihe von Weiterentwicklungen im Bereich der gesundheitlichen Versorgung, um diese Herausforderungen meistern zu können. Den wichtigsten Teil einer öffentlichen Infrastruktur und Daseinsfürsorge stellt dabei ein gut entwickeltes und leistungsfähiges System der Gesundheitsversorgung dar. Gerade für ländliche und

strukturschwache Regionen, die besonders unter Abwanderung und damit einer Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung leiden, ist eine umfassende medizinische Versorgung ein zentraler Faktor für die Lebensqualität. Unser Ziel ist daher ein gleichberechtigter, uneingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Mitglieder der Gesellschaft.

Die negative Korrelation zwischen Einkommen und Gesundheit muss endgültig überwunden werden, d.h. Patientinnen und Patienten müssen unabhängig davon, wo sie leben, wie alt sie sind oder wie schwer der Grad ihrer Erkrankung ist, in zumutbarer Weise die für sie notwendigen medizinischen und pflegerischen Versorgungsleistungen in Anspruch nehmen können. Das Versorgungssystem muss sich den Menschen anpassen, nicht umgekehrt.

Ein wichtiger Teil unseres gesundheitspolitischen Konzeptes stellt dabei die Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege dar. Damit schaffen wir ein gerechtes System, das alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezieht, die Bemessungsgrundlage verbreitert und die Lasten fairer verteilt.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil für ein gesundes und selbstbestimmtes Leben sind Lebensbedingungen mit geringen gesundheitlichen Belastungen infolge negativer Umwelteinflüsse wie beispielsweise Lärm und Feinstaub. Die Erhaltung und Wiederherstellung einer gesundheitsförderlichen Umwelt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch die Zusammenarbeit verschiedener Politikbereiche und Ebenen voraussetzt.

Auch die Möglichkeit, trotz Alter und Behinderung selbstbestimmt leben zu können, ist eines unserer erklärten Ziele. Deutschland hat 2009, wie auch 100 andere Staaten, die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Damit verpflichten wir uns, Menschen mit Behinderung die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Um dies erreichen zu können, ist vielerorts ein Umbau der örtlichen Infrastruktur erforderlich. Programme zur barrierefreien Wohn- und Lebensumfeldgestaltung sind daher unverzichtbar.

8 Mobilität von Morgen – Neue Mobilitätskonzepte und Verkehrsstrukturen

Mobilität ist die Grundlage für persönliche Freiheit und soziale Teilhabe sowie Motor für Wirtschaft und Beschäftigung. Sie hat jedoch ihren Preis: Zum einen bindet sie eine enorme Menge an Rohstoffen und finanziellen Mitteln; aber auch die häufig mit Mobilität verbundenen Belastungen in Form von Verkehrslärm, Luftverschmutzung, Flächenverbrauch und Zerschneidung von Städten und Landschaften beeinträchtigen Mensch und Umwelt.

Wir stehen vor der Herausforderung, Mobilität zu ermöglichen, gleichzeitig aber Belastungen für Menschen und Umwelt zu senken. Verkehr findet nur dann Akzeptanz, wenn er die Lebensqualität nicht beeinträchtigt. Gleichzeitig darf Mobilität aber auch nicht zu einem Luxusgut werden, das immer mehr Menschen vom gesellschaftlichen Leben und/ oder Arbeitsleben ausschließt. Ziel ist es, dass Mobilität auch in Zukunft für alle zugänglich und bezahlbar ist.

Die Lösung für diesen politischen Spagat ist die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für eine integrierte Verkehrspolitik, das sich an wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielen orientiert. Die Verkehrsinfrastruktur muss eng mit der Raumordnungs-, Stadtentwicklungspolitik und der Ordnungs-, Technologie- und Wirtschaftspolitik abgestimmt werden.

Knapp die Hälfte der gesundheitsschädlichen Partikelemissionen des Straßenverkehrs geht auf den Güterverkehr zurück. Beim Transport von Gütern muss es um eine Effizienzsteigerung und intelligente Verknüpfung der Verkehrsträger gehen.

Der Kombinierte Verkehr als verkehrsträgerübergreifender Gütertransport, bei dem die deutlich längere Strecke mit der Bahn oder dem Schiff zurückgelegt wird, bietet im Hinblick auf Energiebilanz und Klimaverträglichkeit enorme Vorteile gegenüber dem konventionellen Transport mit nur einem Verkehrsträger. Bahn und Schifffahrt sind als Massentransportmittel in der Gesamtbilanz, gerade auf längeren Strecken, die energiesparendsten Verkehrsträger und müssen im Zusammenhang des Kombinierten Verkehrs gestärkt werden.

Aber auch für den motorisierten Individualverkehr müssen Anreize geschaffen werden, die eigene Mobilität zu verändern. Radverkehr, Fußverkehr und öffentlicher Personennahverkehr müssen deshalb vor allem in Städten einen größeren Stellenwert erhalten. Wenn Autofahren

bei Kurzstrecken sicherer, preiswerter und schneller ist, dann ist ein Umstieg auf andere Verkehrsmittel unwahrscheinlich. Der Schienenverkehr muss an Attraktivität gewinnen und sich vor allem im Regionalverkehr stärker an den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden orientieren. Und Strukturen im öffentlichen Nahverkehr auch in dünn besiedelten und ländlichen Gebieten müssen erhalten und nutzerorientiert gestaltet werden.

Belastungen durch Luftverschmutzung, überfüllte Straßen und Parkraumnot in Städten und vor allem den Megacities weltweit verlangen nach neuen und effizienten Konzepten. Das Auto muss Teil eines intelligenten Mobilitätsverbundes werden.

Die Elektrifizierung der Antriebe ist Chance für eine zukunftsfähige Mobilität. Klimafreundlich ist Elektromobilität aber erst dann, wenn erneuerbare Energie dafür zum Einsatz kommt.

Zur Reduktion der Treibhausgase um 80 bis 95 Prozent bis 2050 im Vergleich zu 1990 muss Mobilität effizienter und CO₂-ärmer werden. Für den Erfolg von Elektromobilität bei den Verbrauchern sind Anreize für die Nutzung von Carsharing oder Elektromieträdern und vernetzte öffentliche Angebote mit einem ausgebauten Angebot von Bussen und Bahnen als wesentlicher Bestandteil innovativer Verkehrskonzepte notwendig.

Der Trend geht bereits hin zu einer neuen Mobilität, bei der Umweltbewusstsein und Lebensqualität die Wahl der Verkehrsmittel bestimmen. Für den künftigen Mobilitätsnutzer, der in urbanen Zentren lebt, spielt der PKW keine exklusive Rolle, denn er gestaltet seine Wege intermodal. Zusätzlich verändern der demografische Wandel sowie die Konkurrenz aus Schwellenländern die Nachfrage nach Automobilität und erhöhen den Druck auf die deutsche Wirtschaft und Automobilindustrie, neue Fahrzeug- und Nutzungskonzepte zu entwickeln.

Um Deutschland als internationalen Leitmarkt im Bereich Mobilität zu erhalten, muss die Autoindustrie ihre Rolle neu begreifen – vom Fahrzeug- zum umfassenden Mobilitätsanbieter. Es geht um fast eine Million Arbeitsplätze in der Automobilindustrie.

Insgesamt ist ein „Mobilitätsmanagement“ erforderlich, das mit neuen Medien, Kommunikations- und Informationstechnologien eine intermodale Nutzung und Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsarten und die bedarfsgerechte Nutzung von Mobilitätsangeboten organisiert und anbietet. Innovative Mobilitätskonzepte ermöglichen neue Geschäftsmodelle,

die dem Kunden statt eines Fahrzeugs ein „Mobilitätspaket“ anbieten. Hier entstehen neue Berufsbilder, neue Herstellungsprozesse und Wertschöpfungsketten.

9 Gesellschaftliche Teilhabe und Engagement

Obwohl ein gutes Einkommen und ein Beruf, der nicht nur dem Broterwerb, sondern auch der Selbstverwirklichung dient, wichtig für die gesellschaftliche Teilhabe sind, reicht das nicht aus. Wer so viel arbeitet, dass für zivilgesellschaftliches Engagement, Freunde und Hobbys keine Zeit bleibt, läuft Gefahr, in vergleichbarer Weise gesellschaftlich isoliert zu werden, wie jemand, dem für so etwas das Geld fehlt. Häufig endet solch eine Unausgeglichenheit in psychosomatischen Krankheiten.

Eine funktionierende Gesellschaft zeichnet sich auch durch ein gemeinsames Miteinander aus. Sich gegenseitig zu helfen, darf keine Ausnahme, sondern muss eine Selbstverständlichkeit sein. Aber nur wer sich der Unterstützung anderer sicher sein kann, der greift auch selbst ein. Die aktuellen öffentlich gewordenen Beispiele der letzten Jahre, bei denen Menschen lieber weg sahen als zu helfen (z.B. bei gewaltsamen Auseinandersetzungen in Bus und Bahn), zeigen, dass viele Menschen sich dieser Unterstützung nicht sicher sind und deshalb auch nicht den Mut aufbringen, den ersten Schritt zu tun. Dieser Entwicklung muss Politik, aber auch Gesellschaft entgegenwirken.

Dort wo sich der Staat immer mehr aus seiner öffentlichen Daseinsvorsorge (z.B. bei Jugendclubs, Beratungsstellen) zurückzieht und hofft, dass Menschen durch ihr ehrenamtliches Engagement diese Lücke füllen, ist die Gefahr groß, dass die Gesellschaft überfordert wird.

Sozialer Zusammenhalt ist wichtig und muss unterstützt werden. Besonders wichtig ist dabei die Gleichberechtigung in der Gesellschaft. Gleichberechtigung muss in allen Schichten der Gesellschaft gelebt werden. Dabei geht es nicht nur um Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, sondern auch zwischen Jung und Alt, Einheimischen und Migranten. Chancengleichheit muss für alle gelten. Ganz vorn steht da der schon angesprochene Verdienstunterschied von Frauen und Männern. Doch auch beim Ansehen und der damit verbundenen Entlohnung mancher Berufe, zum Beispiel im Dienstleistungs- und Pflegesektor, gibt es großen Nachholbedarf.

Übersicht 3: Sozialer Zusammenhalt



10 Fazit

Sicher gibt es noch mehr Handlungsfelder, in der die Politik entscheidende Weichenstellungen vornehmen muss. Dabei müssen sich politische Entscheidungen immer daran orientieren, ob sie einer Nachhaltigkeitsprüfung standhalten. Grundlage dafür sind Indikatoren, die

- Generationengerechtigkeit,
- Lebensqualität,
- sozialen Zusammenhalt und
- internationale Verantwortung

im Fokus haben.

Natürlich wird es aufgrund von aktuellen Ereignissen immer auch politische Entscheidungen geben, deren nachhaltige Wirkung ausbleibt. Dann muss Politik aber auch den Mut haben, das offen anzusprechen. Offensichtlich nicht nachhaltige Entscheidungen auf nachhaltig zu trimmen, schadet nicht nur der politischen Glaubwürdigkeit, sondern zeugt auch von mangelndem Respekt vor nachfolgenden Generationen.

Textveröffentlichung: März 2012

Ingrid Arndt-Brauer ist seit 1999 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Steinfurt/Borken. Sie ist Mitglied des Parlamentarischen Beirats für Nachhaltige Entwicklung und Sprecherin der Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit der SPD-Bundestagsfraktion. Mitglied des Vorstands der SPD-Bundestagsfraktion. Ingrid Arndt-Brauer ist verheiratet und hat vier Kinder.